Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ **Mk.**,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die 5zeilige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 267. **Sonnabend** den 24. September 1881. **75. Jahrgang.**

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Vermiethung.

Die **Localitäten** der hiesigen **Burgkeller-Restauration** nebst **Kellern, Wohnungsräumlichkeiten** und **sonstigem Zubehör** sollen **vom 15. März 1882 an** gegen **jährliche Kündigung**

Donnerstag, den 13. October dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Räumlichkeiten schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 20. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Im Gehöfte des Grundstücks Fregestraße 2b ist bei einem Pferde des Droschkenkutscher Herrn F. W. Jahr die Wurmkrankheit (Hautroy) ausgebrochen und es war deshalb nöthig, dasselbe zu tödten, dagegen 5 andere Pferde dieses Besitzers, weil dieselben mit dem krank gewesenen Thiere in einem und demselben Stalle gestanden haben, für der Ansteckung verdächtig zu erklären, was hierdurch vorschriftsmäßig bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 22. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Bestellung von Handwerkern und Arbeitern, Lieferung von Bau-Materialien und Verhaltung von Baugerüsten u. s. w. bei Herstellung der allgemeinen Fernsprecheinrichtung hierselbst und in den Vororten soll vergeben werden.

Die bezüglichen Bedingungen liegen bei der Materialien-Verwaltung der Kaiserlichen Ober-Postdirection hierselbst — Posthaus am Augustusplatz, Eingang von der Poststraße, 3. Stockwerk links — zur Einsichtnahme aus und können von der genannten Materialien-Verwaltung abschriftlich gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.

Angebote sind mit der Aufschrift: „Bestellung von Handwerkern u. s. w. für Fernsprech-Einrichtungen" verschlossen und frankirt bis zum 29. September d. J. Vormittags 11 Uhr an die Kaiserliche Ober-Postdirection hierselbst, Abtheilung IV, einzusenden.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt zu dem angegebenen Zeitpuncte in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter.

Leipzig, den 20. September 1881.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
J. V.: Calame.

In dem Gesetze vom 1. Juli dieses Jahres, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, ist bestimmt, daß alle vor dem 1. October 1881 — als dem Tage des Inkrafttretens des vorerwähnten Gesetzes — ausgegebenen **ausländischen** Actien, Renten und Schuldverschreibungen einer Stempelabgabe von 50 beziehentlich 10 ₰ pro Stück unterliegen, **dafern diese Werthpapiere bis zum 29. December 1881** zur Stempelung vorgelegt werden.

Unter Hinweis auf die Eingangs gedachten gesetzlichen Bestimmungen werden alle diejenigen Personen, welchen als Vormündern oder in sonstiger Eigenschaft die Verwaltung von bei der unterzeichneten Behörde deponirten Vermögen obliegt, andurch aufgefordert, die Werthpapiere nachbezeichneter Art zum Zwecke der Abstempelung sich aushändigen zu lassen.

Es wird sich aber empfehlen, die Empfangnahme in den frühen Vormittagsstunden zu bewirken, damit die Wiedereinlieferung der abgestempelten Papiere, wenn möglich, noch an demselben Tage erfolgen kann.

Leipzig, am 2. September 1881.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung V.
Mannsfeld.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten Behörde bleiben wegen Reinigung derselben

Mittwoch, den 28. dieses Monats

geschlossen.

Leipzig, den 22. September 1881.

Königliche Bezirks-Steuer-Einnahme.

Die Herren Börsenbesucher werden hiermit zu einer am Dienstag, den 27. September d. J. Nachmittags ½5 Uhr im Locale der Börse stattfindenden Versammlung eingeladen, um über die Vorschläge Beschluß zu fassen, welche die aus Mitgliedern der Handelskammer und des Börsenvorstandes bestandene Commission betreffs der Art und Weise der Ausführung des Reichsstempelabgabengesetzes im hiesigen Börsenverkehre ausgearbeitet hat.

Leipzig, den 23. September 1881.

Der Börsenvorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 24. September.

Die officiöse Presse giebt sich die ersichtlichste Mühe, die ganze Wahlbewegung für einen Prüfstein der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers zu erklären. Kaum eine andere Frage hat freilich so verwirrend und zersetzend in die deutsche Parteibildung eingegriffen wie die zollpolitische Frage. In ganzen Reihen von Wahlkreisen ist auch jetzt noch die Stellung zum Zolltarife der einzig wirklich ausschlaggebende Gesichtspunct, neben welchem alle andern politischen Fragen fast in die zweite Linie treten. Wird dann aber der neue Reichstag sich praktisch viel mit Zollfragen zu beschäftigen haben? Wir glauben, es wird nicht so heiß gegessen werden, wie gekocht wird.

Reden über die Wirkung der neuen Zollpolitik werden wir ohne Zweifel auch im neuen Reichstag wieder in überreichem Maße von Gegnern und Freunden zu hören bekommen. Allein es dünkt uns im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß in der bevorstehenden Gesetzgebungsperiode ernstlich der Versuch gemacht werden sollte, an wesentlichen Bestandtheilen des Zolltarifs zu rütteln. Die Freihändler werden gegenüber den Conservativen, dem Centrum und der auch in liberalen Kreisen weitverbreiteten schutzzöllnerischen Richtung sich bald selbst überzeugen, daß von Angriffen gegen den Zolltarif ein praktischer Erfolg nicht zu hoffen ist; sie werden sich begnügen müssen, in mehr theoretischer Weise für ihre Lehren Stimmung zu machen. Es wird Dies auch von freihändlerischer Seite zugegeben; es wird ferner zugegeben, daß man dem Zolltarif die Zeit zur ehrlichen Probe lassen wolle und daß dem Handel und der Industrie fast mehr noch als eine richtige Zollpolitik eine stetige, nicht alle Augenblicke wechselnde noththut.

Selbst bezüglich der Getreidezölle haben wir von entschieden freihändlerischer Seite anerkennen hören, es sei unbillig, sie abzuschaffen, wenn nicht gleichzeitig auch die hohen Industriezölle abgeschafft würden. Die Reichstagswahlen mögen ausfallen wie sie wollen, die Möglichkeit, daß eine entschieden freihändlerische Mehrheit zu Stande kommt und mit aller Macht die Beseitigung des Zolltarifs von 1879 betreibt, scheint uns ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß die verbündeten Regierungen ohne allen Zweifel unüberwindlichen Widerstand leisten würden. Größer scheint uns die Gefahr und näher liegend die Möglichkeit, daß weitere Zollerhöhungen in Frage kommen könnten; in der conservativen Wahlagitation ist ganz offen schon die Erhöhung der Kornzölle besprochen worden; an weiteren Forderungen aus industriellen Kreisen würde es wohl auch nicht fehlen.

Wir haben indeß noch keinen Anhaltspunct für die Annahme, daß die Regierung noch weiter auf der vor zwei Jahren betretenen Bahn zu gehen geneigt ist, und jedenfalls glauben wir, daß solche Bestrebungen auch von gemäßigteren Freunden der herrschenden Zollpolitik zurückgewiesen werden würden. Die Abwehr weiterer Zollerhöhungen scheint uns unter den heutigen Verhältnissen das Einzige, was vernünftiger Weise und mit Aussicht auf praktischen Erfolg erstrebt werden kann. Ein liberales Organ sagte vor einigen Tagen, wie uns scheint, ganz treffend: „Gegen etwaige Versuche weiterer Erhöhung der Schutzzölle würden wohl auch die Nationalliberalen auftreten, und an einen Sturm gegen den Zolltarif von 1879 denken auch andere Liberale nicht."

Es kann nicht unbeachtet bleiben, daß in den officiösen Artikeln über die Altersversicherung ꝛc. neuerdings ein so großes Gewicht auf die corporativen Verbände gelegt wird. Die Absicht ist sehr klar: das Centrum, in dessen politischem Katechismus Alles, was corporativ heißt, in erster Linie zählt, soll hierdurch für den großartigen Plan gewonnen werden. Es versteht sich aber unter diesen Umständen auch von selbst, daß eine der nächsten Forderungen, mit denen die Regierung vor den Reichstag tritt, die obligatorische Innung sein wird. Nun sollte man freilich meinen, daß sich der Reichskanzler am wenigsten verhehlen kann, wie gerade diese Frage zum trennenden Keil für seine geleimten Conservativen werden müßte. Denn es ist nicht anzunehmen, daß diejenigen von der Rechten, die mit Herrn von Helldorf gehen, sich ganz plötzlich bekehren und auf den Jechenbach'schen Standpunct stellen sollten. Dafür ist der letztere gerade von Herrn von Helldorf in der abgelaufenen Reichstagssession zu gründlich verurtheilt worden. Im Uebrigen ist die Spaltung innerhalb der conservativen Partei schon lange vorbereitet und ebensowohl im Abgeordnetenhause wie im Reichstage bemerkbar gewesen. Dort widerstrebt der Rauchhaupt'sche, hier der Helldorf'sche Flügel ganz entschieden jener Gruppe, die der Führung des Herrn von Minnigerode sich unterordnet. Auch dieser Zwist wird über kurz oder lang zum Austrag gebracht werden müssen; es scheint nachgerade, daß keine Partei von der politischen Modekrankheit der Secession verschont bleiben soll.

Mit einem Nachdruck, der zu denken giebt, versichern die Officiösen wiederholt, daß für die Berufung des Reichstages vor dem preußischen Landtag nicht kirchenpolitische Gründe, sondern nur die Rücksichtnahme auf einen entsprechenden Wunsch des Reichstags maßgebend gewesen sei. Man wird wohl daran thun, diese Auslassung ausnahmsweise nicht in der Frage der Beziehungen zur Curie zu suchen, sondern sie in das Lieblings- Streit- und Disputirobject des Fürsten Bismarck, nämlich die zweijährige Budgetperiode, zu verlegen. Die Freunde des Kanzlers lassen offen genug durchblicken, daß Dieser auf die Resolution Rickert, den Reichstag stets im Herbst, also vor den Einzellandtagen zu berufen, nur deshalb so bereitwillig eingehe, um in der Praxis den Beweis zu liefern, daß auch dieses Auskunftsmittel dem Uebermaß an parlamentarischen Arbeiten nicht abhelfen könne, daß die gehofften Vortheile der neuen Einrichtung sämmtlich ausbleiben würden und daß deshalb Nichts übrig bleiben dürfte, als zu der zweijährigen Budgetperiode zurückzukehren. In der That ist wohl keine der Ankündigungen, welche über den Arbeitsstoff der nächsten Reichstagsgesetzgebungsperiode verbreitet werden, innerlich wahrscheinlicher und äußerlich besser beglaubigt als diejenige, nach welcher die erwähnte Vorlage wieder zur Berathung gestellt werden würde. Sind doch die Aussichten derselben ganz erheblich gestiegen, seit das Centrum der Befriedigung seiner Wünsche näher gekommen und damit von der lästigen Verpflichtung befreit wird, wider Willen zur Vertheidigung der obersten Reichseinrichtungen gegen Bestrebungen mitzuwirken, welche durchaus dem ultramontanen Ideal von Particularismus entsprechen.

Die Judenfrage, deren Berathung das traurige Privileg des preußischen Landtags zu sein scheint, da der Reichstag sie glücklich von seinen Verhandlungen ferngehalten, wird nach uns zugehenden Mittheilungen auch in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses zur Sprache kommen. Conservativerseits ist nämlich ein Antrag auf Erhebung einer Statistik des jüdischen Grundbesitzes in Vorbereitung. Außerdem aber stehen zahlreiche Petitionen gegen die antijüdische Bewegung, sowie auch einige wenige, die für diese Bewegung sich aussprechen, bestimmt zu erwarten. Daß die Regierung nicht umhin können wird, sich über ihr Verhalten bei den pommerschen Krawallen zu rechtfertigen, wird selbst von Mitgliedern derselben offen zugegeben.

Wir nehmen Act von einer uns zugehenden Mittheilung, wonach die kirchenpolitischen Vorlagen für den preußischen Landtag durch die Geringfügigkeit ihres Inhalts überraschen würden. Entsprechend dem bisherigen Charakter der Verhandlungen, die sich nur auf die Beilegung der persönlichen Schwierigkeiten bezogen hätten, sei zunächst nur die Erprobung der in dieser Hinsicht erzielten Verständigung zu erwarten, eine sachliche Revision der Maigesetze aber als hinausgeschoben anzusehen. Das Gerücht geht an Stellen um, wo man Vertrautheit mit der augenblicklichen Lage sehr wohl voraussetzen darf; dennoch befremdet es durch den Gegensatz, in welchen es zu Allen bisherigen Meldungen tritt.

Eine überaus interessante Mittheilung über die Stellung des Centrums zu den Verhandlungen des deutschen Reichskanzlers mit der Curie bringt der römische Correspondent der „Weserzeitung". Derselbe bemerkt, es sei ihm vorgekommen, als ob beide Theile, Fürst Bismarck nicht weniger als Papst Leo XIII., der Centrumspartei als solcher recht überdrüssig sind und dieselbe als das Hauptindemniß zur Wiederherstellung des Religionsfriedens in Deutschland ansehen. Die Macht derselben zu brechen, scheint dem Correspondenten daher der nächste Zweck der so plötzlich angeknüpften Verhandlungen, welche dem Centrum nicht weniger sauer vorkommen als den Nationalliberalen. Aufgegeben ist von den Maigesetzen seines Wissens noch Nichts; die Wiedererrichtung der Gesandtschaft aber könne die gefährlichste Waffe gegen das Centrum werden. Gelänge es, durch diesen Coup die Spaltung in der Partei herbeizuführen, und werde ihre Macht dadurch brach gelegt, könne schließlich der Papst, welcher den Frieden wirklich wünscht, tagtäglich außer der einseitigen Centrumsglocke auch jene der preußischen Regierung direct hören, so werde sich auf diese Weise allmälig der Boden für einen Verkehrsfuß finden lassen, ohne die Rechte des Staates Preis zu geben. Die freiwillige Wiedererrichtung der Gesandtschaft sei ein Zugeständniß, welches, wie die Dinge zur Stunde noch liegen, keine Opfer auf dem Boden der Principien seitens Preußens erheische, wohl aber den Vatican zu einer Gegenleistung verpflichte. Jetzt sei also das Nachgeben am Papst; die Zukunft werde sehr bald lehren, ob Fürst Bismarck sich hierin geirrt habe oder nicht. Im preußischen Landtage und im Reichstage heiße es daher die Augen aufzuhalten.

Der Telegraph unterrichtet uns jetzt täglich in sehr ausführlicher Weise über die Wichtigkeit des Amtsantrittes des Bischofs von Trier, Dr. Korum. Fast scheint es, als bemühe man sich officiöserseits, Seine Eminenz mit dem Nimbus eines Fürsten zu umgeben. So wird uns aus Trier vom Donnerstag gemeldet:

Der Bischof Korum, welchem der Weihbischof Dr. Kraft und der Domcapitular Arnoldi entgegen gefahren waren, traf heute Nachmittag 2 Uhr von Coblenz hier ein und begab sich vom Bahnhofe zunächst zu dem Pfarrer der in der Vorstadt liegenden Paulinuskirche. Um 3½ Uhr bewegte sich vom Dom eine sehr große Procession, an welcher alle Pfarreien der Stadt, sehr viele andere Geistliche und das Stadtverordneten-Collegium theilnahmen, nach der Paulinuskirche, wo die Begrüßung des Bischofs Korum durch den Domprobst Holzer im Namen des Domcapitels stattfand. Bischof Korum erwiderte auf die Ansprache Holzer's, er werde sich bestreben, unter Mitwirkung der Geistlichkeit ein würdiger Nachfolger des heiligen Eucharius und der Nachfolger desselben im Dienste der Kirche zu werden. Der neue Bischof legte sodann die bischöflichen Insignien, Mitra, Kreuz, violette Handschuhe, Ring und Krummstab an. Die feierliche Procession, in welcher der neue Bischof unter einem Baldachin schritt, bewegte sich hierauf nach dem Dom zurück, wo gegen 5½ Uhr der Einzug erfolgte. Mit einem Tedeum schloß die kirchliche Feier. Bischof Korum ertheilte, während er in der Procession unter dem Thronhimmel dahin schritt, der Menge den Segen. Die Stadt ist auf das Prächtigste geschmückt und von Fremden überfüllt. Die Procession wurde durch Regen nicht gestört.

Weß Geistes Kinder die Anhänger der Fortschrittspartei sind, läßt sich besser an ihren Thaten denn an ihren Worten erkennen. Zu den aussichtslosesten, schädlichsten und frivolsten Candidaturen für den Reichstag gehören diejenigen, welche die Fortschrittspartei in Hannover aufstellt. So wird jetzt wieder von einer fortschrittlichen Candidatur im Wahlkreis Leer-Emden gegen den bisherigen Vertreter Herrn von Beaulieu berichtet. Herr von Beaulieu wird sehr stark von einem conservativen Mitbewerber, Geh. Rath Fastenau, bedrängt; er ist Freihändler und auch sonst ein keineswegs nach rechts neigendes Mitglied der nationalliberalen Partei, und doch wird ihm eine fortschrittliche Gegencandidatur gegenübergestellt, die nicht die geringste Aussicht hat durchzudringen, sondern nur die Aussichten der Conservativen befördert. Den guten Willen, den die Fortschrittspartei zur „Einigung" der Liberalen mitbringt, lernt man an solchen praktischen Fällen besser kennen als an tausend schönen Redensarten, an denen sie so reich ist.

Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei hat besonders freudige Zustimmung in Süddeutschland gefunden. Wir wollen unseren Lesern aus den zahlreichen Kundgebungen der Presse darüber wenigstens Etwas mittheilen. Unbedingt die Grundsätze des Manifestes anerkennend, schreibt die „Süddeutsche Presse":

Das vorstehende vortrefflich geschriebene Programm wird gewiß freudig begrüßt werden können. Namentlich die Stellung zu dem Reichskanzler, weder für noch gegen Bismarck, sondern unter der schuldigen Dankbarkeit für die großen Verdienste des Reichskanzlers eine ruhige unabhängige Prüfung der von ihm gemachten Vorlagen, ist gewiß ungemein glücklich gefaßt. Wir glauben, daß die Partei das Recht hat, in der gegenwärtigen ihr nicht günstigen Parteilage unter diesem Banner auf die Behauptung des ihr noch Verbliebenen zu hoffen und bessere Zeiten abzuwarten, die gewiß nicht ausbleiben werden. Gehen wir also im Reiche, in Baiern und in München resolut in den Wahlkampf.

Wie aus Baiern ferner gemeldet wird, ist im Reichswahlkreise Kempten-Immenstadt an Stelle des bisherigen Reichstags-Abgeordneten Dr. Völk, der eine Wiederwahl abgelehnt hat, der Ingenieur und Gutsbesitzer Widmann von Weitnau als Reichstags-Candidat aufgestellt. Derselbe hat die Candidatur angenommen. An Dr. Völk wurde von dem Comité eine Dank- und Vertrauens-Adresse gerichtet.

Die gestern in einem ungarischen Blatte erwähnten Depeschen des Zaren und Baron Haymerle's sind, wie der „Post" telegraphirt wird, echt; doch soll Haymerle's Depesche eine Lücke enthalten. Wie es heißt, liegt ein grober in Ungarn verübter Vertrauensmißbrauch vor, wegen dessen die Untersuchung im Zuge ist. Fast sämmtliche Wiener Blätter finden es auffallend, daß Giers von „unerwarteter Mäßigung Bismarck's" zu Kalnoky sprach. Auch das „Fremdenblatt" nimmt Anstoß an dem „unerwartet" und meint, daß, wäre dies Wort wirklich gebraucht, daraus hervorgehe, daß ein keineswegs für die Oeffentlichkeit bestimmtes, in dem aller vertraulichsten Stile abgefaßtes Actenstück vorliege. Mit dem thatsächlichen Inhalt beider Depeschen, meint dasselbe Blatt, habe man alle Ursache, einverstanden zu sein. Wir halten es für unsere Pflicht, dem Leser den Wortlaut der zweiten, hier besonders in Rede stehenden Depesche mitzutheilen. Dieselbe lautet:

Baron Haymerle an Kaiser Franz Joseph unterm 15. September Nachmittags: Graf Kalnoky telegraphirt mir, Herr v. Giers, den ich soeben sah, ist über die gegenseitigen Eindrücke der Danziger Zusammenkunft sehr befriedigt. Kaiser Alexander ist mit den erhöhten Gefühlen der Beruhigung und innerer Zufriedenheit zurückgekehrt. Namentlich hat die Weisheit und unerwartete Mäßigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Czaren, wie auf Giers einen guten Eindruck gemacht und sie darüber beruhigt, daß er noch seiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge. Kaiser Wilhelm habe auch die so befriedigende Aeußerung unseres allergnädigsten Herrn in Gastein an Kaiser Alexander mitgetheilt und hinzugefügt, daß er darin mit Freude eine Bestätigung der ihm bekannten freundlichen Gefühle Sr. k. und k. apostolischen Majestät gefunden habe. Nachdem sattsam — und Herr v. Giers constatirt dies auf dem Felde der äußeren Politik — keine beängstigende Frage vorliege, habe sich das Gespräch hauptsächlich der Bekämpfung der socialistischen Gefahr zugewendet und auch da habe Fürst Bismarck große Vorsicht und Mäßigung bei Anregung internationaler Maßregeln empfohlen. Herr v. Giers sagt, die bedeutungsvollste Seite der Danziger Reise liege darin, daß der Zar dadurch vor ganz Rußland seinen Willen, eine conservative und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutiger Weise kundgegeben habe.

Pariser Privatdepeschen bestätigen die mißliche Lage der Franzosen in Tunis. Der Oberbefehlshaber, General Saussier, ist in Tunis eingetroffen, um von dort eine Expedition zur Occupation der heiligen Stadt Kairuan zu organisiren. Das Corps wird von Sousse aus marschiren, welches von Kairuan fünfzig Kilometer entfernt ist; von der Landseite aus werden die jetzt bei Zaghuan vereinigten Colonnen Sabatier und Cerrbard auf Kairuan vorrücken. Wie weiter gemeldet wird, fürchtet man vor der heiligen Stadt auf einen energischen Widerstand der Araber zu stoßen und will deshalb die Expedition nur mit einer Truppenmacht unternehmen, welche einen raschen Erfolg durchaus sichert. Roustan hat in Paris die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Einnahme von Kairuan eine heilsame Wirkung ausüben und zur Niederwerfung des Aufstandes wesentlich beitragen werde. Bemerken wollen wir bei dieser Gelegenheit, daß die amtlichen Nachrichten der französischen Regierung nach wie vor den Ernst der Lage verschleiern.

Das römische Journal „Popolo Romano" kommt nach einer Prüfung der Staatsvoranschläge zu dem Schlusse, daß die finanzielle Stellung, welche sich Italien errungen, gegen alle Zwischenfälle sichergestellt erscheine; denn selbst nach Erhöhung der Ausgaben für das Heer und nach Erledigung verschiedener, seit mehreren Jahren schwebenden Rechnungen werde die Finanzverwaltung für 1881 am Schlusse des Jahres einen sicheren Ueberschuß von 15 bis 20 Millionen ergeben.

In Albanien sieht es noch keineswegs friedlich aus. Als Neuigkeit wird gemeldet, daß der türkische Obercommandant Derwisch Pascha abberufen ist. Trotz aller Geheimthuerei läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Mann in keiner Weise sein Ziel, die erregten aufständischen Albanesen zu beruhigen, erreicht hat; im Gegentheil, die gewaltsamen willkürlichen Maßregeln des Pascha haben die Aufregung vermehrt und die Gemüther aufs Höchste gereizt. — In Macedonien macht wieder einmal die rumänische Wühlerei von sich reden. Rumänische Lehrer und Lehrerinnen treffen in Salonichi ein, um die Kutzovlachen (auch Hellenovlachen genannt) über ihre rumänisch-vlachische Heimath zu unterrichten, ihre Nationalitätsgefühle anzufachen und einen neuen unterdrückten Bruderstamm auf der Balkan-Halbinsel zu creiren. Nach Berichten der „Allg. Z." dürfte ihre Mühe vergeblich und ihr Geld zwecklos verloren sein; die Kutzovlachen haben in ihrer großen Mehrheit für die rumänische Propaganda kein Ohr und kein Verständniß, sie wollen mit den Griechen vereint bleiben. — Auch aus Kreta kommen beunruhigende Nachrichten. Photiadis Pascha hat durch die Besetzung mehrerer Bischofsstellen mit seinen und des Metropoliten Creturen die Gemüther aufs Höchste erregt; die Kreter weigern sich, die ihnen aufgezwungenen Bischöfe anzuerkennen und aufzunehmen; Tausende greifen zu den Waffen, und wenn nicht alle Zeichen trügen, sieht man wieder einmal am Vorabend eines kretischen Aufstandes.

Die Trauer des amerikanischen Volkes um seinen verstorbenen Präsidenten macht einen wahrhaft ergreifenden Eindruck; diese ungezwungene Verehrung für den Verewigten und dieses weihevolle Mitgefühl für die Familie Garfield's sind Zeugnisse für den echt menschlichen Zug, welcher den Bürgern der Vereinigten Staaten eigen ist. Ein ausführliches Telegramm aus Washington vom Donnerstag meldet uns Folgendes:

Die Ueberführung der Leiche des Präsidenten Garfield gestaltete sich auf dem ganzen Wege von Elberon nach Washington zu einer einzigen ununterbrochenen Kundgebung der Sympathie und Trauer. Obwohl überall längs des Weges das Gedränge — namentlich in den Städten — sehr groß war, so herrschte doch überall tiefste Stille und Ordnung. Wo der Zug vorüberkam, wurde er mit einem Blumenregen überschüttet, wurden die Trauerglocken geläutet, entblößten sich alle Häupter. Bei der Ankunft in Washington herrschte ein ungeheures Gedränge von Menschen auf dem Wege, den der Trauerzug von dem Bahnhofe aus einzuschlagen hatte. Links von der Ankunfthalle waren bei der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof 130 Officiere des Heeres und der Marine aufgestellt; 8 Soldaten trugen den Sarg auf den Leichenwagen, eine Musikbande spielte: „Nearer, God, to thee". Viele Augen waren thränenfeucht. Die Damen der Familie Garfield gingen nicht in das Capitol, die Witwe begab sich in das Haus des Generalstaatsanwalts Mac Veagh. Des Präsidenten Arthur Wagen folgte hinter dem Leichenwagen, der auf beiden Seiten von den Chefs der Armee und der Flotte, und von Officieren, darunter General Sherman, begleitet war. Dem Conduct voraus gingen Polizisten, Milizsoldaten, reguläre Truppen, Veteranen der Armee, Marinesoldaten, Tempelritter und mehrere Musikbanden. Senatoren und Repräsentanten bildeten am Aufgang zum Capitol Spalier. Dieselben geleiteten, unter Vorantritt der Beamten beider Congreßhäuser, die irdische Hülle des verblichenen Präsidenten zur Rotunde, wo die Klänge der oben erwähnten Hymne neuerdings ertönten. Präsident Arthur, Staatssecretair Blaine, die übrigen Minister und General Grant folgten dem Sarge. Dieser wurde hier auf einen Katafalk gestellt und geöffnet, worauf nach einer kurzen Besichtigung die Begleiter sich zurückzogen. Sodann wurde das Publicum zum Vorbeigehen zugelassen. 40 Mitglieder der Armee von Cumberland bilden die Ehrenwache. Präsident Arthur wohnt bei dem Senator Jones von Nevada. Ueberall im Lande werden Deputationen für das Begräbniß vorbereitet. In den meisten Staaten, darunter New-York, ist für Montag Buß- und Bettag verfügt. Eine nationale Zeichnung für ein Denkmal ist bereits angeregt worden.